Bündnis 90 / Die Grünen
Bundesschiedsgericht

Beschluß

In dem Beschwerdeverfahren

des Mitglieds

[...], [...], [...],

Beschwerdeführerin,

Az.: 98-03

wegen der Kostenerstattung in dem Parteiordnungsverfahren [...] u.a. gegen [...] u.a.
hat das Bundesschiedsgericht am 7. Februar 1998 gem. § 8 BSchO beschlossen:

Die Beschwerde wird aus den Gründen der angefochtenen
Entscheidung zurückgewiesen.

Gründe:

I.

Die Beschwerdeführerin hatte sich gegen ein Parteiordnungsverfahren zu wehren;
dieses wurde durch einen Vorbescheid der Vorsitzenden des LSchG [...] beendet,
ohne daß es zu einer Güteverhandlung oder einer mündlichen Verhandlung kam.

Daher lehnte das LSchG den Antrag der Beschwerdeführerin auf Kostenerstattung ab, da § 20 Ziffer 2 LSchO dies ausschliesse.

Hiergegen richtet sich die Beschwerde.

II.

Die Beschwerde ist zulässig (§ 16 Abs. 4 Ziffer 1 Bundessatzung), aber offensichtlich unbegründet.

Das BSchG verweist auf die zutreffenden Ausführungen des LSchG zur Satzungslage in [...] und macht sich diese zu eigen.